

Bürokratie bremsen: Wie Europa die Wirtschaft retten will!

Am 9. Dezember 2024 diskutierten Experten in der WKÖ über Bürokratieabbau zur Stärkung der EU-Wettbewerbsfähigkeit.



Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - In einem alarmierenden Appell zur Verringerung bürokratischer Hürden forderte Dr. Rosemarie Schön, Leiterin der WKÖ-Abteilung für Rechtspolitik, auf der Veranstaltung „Das Labyrinth der Bürokratie“ am 9. Dezember 2024, dass Unternehmen wieder mehr Freiraum benötigen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. „Was wir brauchen, sind ein intelligentes Regulierungssystem und Reformen, die das wirtschaftliche Handeln erleichtern und Unternehmen wieder Luft zum Atmen verschaffen“, erklärte sie. Diese Forderungen sind besonders dringlich, da überbordende Regulierung und kumulativer Bürokratieaufwand für Unternehmen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, eine unzumutbare Belastung darstellen, wie auch

von **BMWK.de** bestätigt wurde.

Bürokratieabbau im Fokus der EU

Die on-going Diskussionen auf europäischer Ebene zeigen, dass die neue EU-Kommission Bürokratieabbau als Schlüssel zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit erkannt hat. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte an, die Berichtspflichten der EU um 25% zu reduzieren. „Der Bürokratierucksack muss aber endlich spürbar leichter werden“, betonte MMag. Christian Mandl von der WKÖ, während er weitere Maßnahmen zur Entlastung der Unternehmen forderte. Diese Veränderungen sind notwendig, um sicherzustellen, dass Unternehmen in einem sich verändernden wirtschaftlichen Umfeld bestehen können. In einem Bericht von Mario Draghi sind Vorschläge formuliert, die darauf abzielen, die Produktivität zu steigern und die Wettbewerbsfähigkeit auf europäischer Ebene zu fördern, was die Dringlichkeit dieser Initiativen unterstreicht.

Zusätzlich wurden im Rahmen des Wettbewerbsfähigkeitsrates mehrere konkrete Schritte für eine Vereinfachung der EU-Gesetzgebung und zur Abbau bürokratischer Hürden diskutiert. So soll ein einheitliches digitales Entsenderechtliches Registrierungsportal für Unternehmen geschaffen werden, um Unterschiede in den nationalen Meldesystemen zu beseitigen. Auch die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für die europäische Batterieproduktion und die Förderung industrieller Biotechnologien wurden als wichtige Punkte hervorgehoben, um die technologische Souveränität der EU zu sichern. Diese Schritte könnten entscheidend dafür sein, dass Europa in der globalen Wettbewerbslandschaft nicht ins Hintertreffen gerät.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich

Details	
Quellen	• www.ots.at • www.bmwk.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at